



Der VBE zu den Geheimabsprachen von Grünen und CDU

Demokratie ist etwas anderes

Zum zweiten Mal tauchen in der kurzen Regierungszeit der grün-schwarzen Koalition Geheimabsprachen auf, die nach Ansicht des Pressereferenten des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Südbaden, Josef Klein, eklatant gegen bestehende Gesetze (wie zum Beispiel § 89 des Landesbeamtengesetz), wie auch gegen den guten Stil verstoßen. Mit einer ‚Politik des Gehört-Werdens‘, wie sie Winfried Kretschmann seit 2011 propagiert hat, habe dies nichts zu tun, ist der VBE erbost. Klein: „Um gehört zu werden, muss der Gegenüber erst einmal seine Pläne bekannt machen. Geheimabsprachen, noch dazu von so eklatanter Tragweite, widersprechen einer Politik der Offenheit. Sie fördern den Politikverdruss.“

Bereits Mitte Juli waren Geheimabsprachen der Koalitionsparteien Grüne und CDU bekannt geworden. Nun, nach genau 100-tägiger Regierungszeit dieser Koalition wurden in weiteren geheimen Nebenabsprachen unter anderem der Abbau von 5000 Stellen im Landesetat sowie weitere Kürzungen bei den Beamtenpensionen, Einschnitte bei den Gehaltserhöhungen, sowie eine höhere Grunderwerbssteuer vereinbart. Klein: „Da ein Großteil der Personalstellen des Landes Baden-Württemberg im Kultusbereich verankert sind, ist zu befürchten, dass es weitere Einschnitte auch im Bereich der Lehrerstellen gibt. Es wird Zeit für die Politik endlich umzudenken, denn die hehren Ziele, die fast täglich auf die Schulen heruntergebrochen werden, brauchen auch eine Personaldecke, die die Umsetzung bewältigen kann.“

Der VBE: Die Politik ist nicht mehr in der Lage, Antworten auf die drängenden Fragen gegeben. Weder kann das Desaster der unbesetzten Schulleitungsstellen behoben werden, noch steht eine Lösung ins Haus, wie die Personalsituation in den inklusiven Lerngruppen verbessert werden kann. Insgesamt haben die Parteien in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen verpasst, ein Polster bei der Lehrerversorgung aufzubauen. Klein: „Was heute als 100-%-Versorgung bezeichnet wird ist nichts anderes als ein löchriger Flickenteppich, der den Unterrichtsausfall immer deutlicher werden lässt. Die Einschnitte in Gehalt und Pension sind ebenso nicht dazu angetan, den Lehrerberuf insgesamt attraktiver zu machen.“

Der VBE ist die Vertretung der Lehrkräfte an Grund-, Haupt-, Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschulen, sowie an sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ). Er vertritt landesweit mit über 17 000 Mitgliedern die Interessen von 80 000 Lehrkräften an diesen Schularten. In Südbaden sind davon über 5000 im VBE organisiert.